

Rüdiger Klasen
Wittenburgerstr.10
19243 Püttelkow
Tel.: 038852-58951
Mobil.: 0162-9027725

20.06.2014

Niedersächsisches Justizministerium
Am Waterloopplatz 1
30169 Hannover

Das standardisierte, computeranimierte 0815- Formschreiben von Ihren Mitarbeiter Herrn Polacek vom 17.06.2014 als Reaktion auf meinen umfassenden, komplexen, dezidierten Strafanzeige- und Beschwerdeschriftsatz vom 04.06.2014

Zeichen des Herrn Polacek: 22.222-051140-2 Klasen

Strafanzeige und Strafantrag mit Fachaufsichtsbeschwerde und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Ihren Sachbearbeiter Herr Polacek

wegen

Unterlassung und § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung durch Verweigerung der Klärung bzgl. der Aufnahme des notwendigen Ermittlungsverfahrens zur Geschäftsnummer der Staatsanwaltschaft Lüneburg NZS 5104 Js 14671/14

Dazu die Strafanzeige und Strafantrag mit Fachaufsichtsbeschwerde und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den zust. Staatsanwalt Herr Vonderberg

von der Staatsanwaltschaft Lüneburg
Burmeisterstraße 6
21335 Lüneburg

wegen § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung im Strafantragverfahren gegen die Mitarbeiter Herr Wilhus, Frau Winter und Frau Horn und dessen Auftraggeber vom Landkreis Lüneburg
- Der Landrat-
Recht und Kommunales -
Am Springintgut 1
21335 Lüneburg

Erweiterung Strafantrag und Strafanzeige gegen den Tatbeteiligte Richterin Frau Röhl vom Amtsgericht Lüneburg– Verweis deren illegaler Ausnahmegerichtsbeschuß vom 26. 05.2014:

Strafantrag und Strafanzeige vom 23.05.2014 wegen Verweigerung rechtliches Gehör Art. 103 Abs. 1 GG für meine Person, Nötigung § 240 StGB, § 241 StGB Bedrohung, § 253 StGB Erpressung, § 270 StGB Täuschung im Rechtsverkehr, , illegal verbotene Anwendung nationalsozialistischer Gesetze und nationalsozialistischen Rechts (Verstoß SHAEF Gesetz 1 Absatz III und Artikel 139 GG), Verstoß gegen EU- Charta, Verstoß gegen Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit“ vom 6. XI. 1997, Verstoß gegen Artikel 54 CRCH - Verbot des Mißbrauch der Rechte, Untätigkeit, Unterlassung, organisierter Unverantwortlichkeit und grobe Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Auskunftspflicht- keine bürgernahe Auskünfte – Verstoß gegen Artikel 101 GG durch verbotene Ausnahmegerichtsbarkeit am Amtsgericht Lüneburg durch DF´Frau Richterin Röhl, gesamt Grundrechteverletzung Artikel 1- 19 GG + Landesverfassung MV Artikel 5 und aller weiteren in Frage kommender Straftaten gegenüber meiner Person,

Nicht identifizierbares Schreiben ***Schriftliche Verwarnung mit Anhörung* vom 07.01.2014**

Nicht identifizierbares Schreiben ***Kostenbescheid* vom 07.04.2014**

Schreiben vom Landkreis Lüneburg zum Kostenbescheid vom 25.04.2014

Nicht identifizierbares Schreiben von einer Person Frau Horn mit Anschrift vom **Landkreis Lüneburg** vom 21.05.2014 mit dessen Aktenzeichen **42.30-02400452.0**

Strafantrag/ Strafanzeige gemäß § 258 StGB, § 258a StGB, § 240 StGB, § 241 StGB.

Sehr geehrte Damen und Herren.

hiermit stelle ich o. g. **Strafanzeige und Strafantrag mit Fachaufsichtsbeschwerde und Dienstaufsichtsbeschwerde** gegen die vorgenannte Person Herr Polacek vom Niedersächsisches Justizministerium wegen o.g. Straftaten.

Das 0815- Formschreiben von Herrn Polacek wird hiermit wegen fehlender fach – sachgerecht dezidiertes Begründung unter o.g. Strafanzeige und Strafantrag mit Fachaufsichtsbeschwerde und Dienstaufsichtsbeschwerde zurückgewiesen.

Das computeranimierte Formschreiben stellt außerdem eine Grundrechteverletzung dar. Ich erwarte von Ihrem Ministerium eine korrekte Bearbeitung der o. Strafanzeige und Strafantrag.

Aufgrund des 0815- Formschreibens von Herrn Polacek besteht der erhärtete Verdacht dass auch Niedersächsisches Justizministerium durch entsprechende Dienstschulungen des BRD- Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutzes betroffen und befangen ist!

Verweis: Auf Grund der im ZDF (ZDF.info) veröffentlichten internen Dienstschulung des BRD Inlandsgemeindienstes *Verfassungsschutz*

Titel: Der Staat bin Ich – Sendung

<http://www.candoberlin.de/neues/>

Filmtitel: „Der Staat bin Ich! Wenn Menschen ihrem Land kündigen“

Und Filmtitel „Der Staat bin Ich - Eine Bewegung gegen den deutschen Staat“

Quellerverweise lau Anlage:

<http://www.candoberlin.de/neues/>

<http://www.zdf.de/zdfinfo/der-staat-bin-ich-eine-bewegung-gegen-den-deutschen-statt-33027054.html>

(Verweis Strafanzeige/ Strafantrag vom 18.05.2014 u.a. an die Staatsanwaltschaft Potsdam Aktenzeichen: 496 Js 21707/14, Staatsanwaltschaft Berlin Geschäftszeichen: 231 Js 1374/14 und weiteren Dienststellen auf Landes- und Bundesebene)

worin pauschalisiert alle Beschwerde führenden Bürger als Wahnkrank, Rechtsterroristen und Reichsbürger verunglimpft und verleumdet werden, sehe ich mich zu folgender Klarstellung bzgl. meiner Person veranlasst:

Wiederholte Persönliche Erklärung:

Ich bin weder ein Reichsbürger noch bin ich in irgendeiner Art und Weise (rechts-links)extremistisch gewaltbereit, militant - gefährlich. Das Gegenteil ist bei mir der Fall: Ich trete grundsätzlich mit friedlich- rechtstaatlichen Mitteln in für die Allgemeinheit aufopfernd ehrenamtlicher Arbeit für den Frieden ein.

Desweiteren vertrete ich keinerlei Ideologien, Religionen, Theorien und Rechtsauffassungen. Ich stelle auch nicht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland in Frage, sondern kritisiere lediglich die bis heute offenkundigen, nicht geklärten und nicht abgestellten staatsrechtlichen Legitimationsmängel.

Das betrifft auch diesen angezeigten Vorgang.

Ich handel ausschließlich korrekt nur nach den uns vorgegebenen gesetzlichen Rechtsgrundlagen. Dazu beziehe ich mich ausschließlich nur auf die offenkundigen Tatsachen.

Ich vertrete und verteidige das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die vom Grundgesetz gegenwärtig überlagerte Weimarer Reichsverfassung von 1919. (WRV) Ich stehe zur, beziehe mich und verteidige die verfassungsmäßige Grundordnung, das Völker- und das Menschenrecht in Deutschland.

Diese höchsten Rechtsnormen sind in der Bundesrepublik Deutschland nun auch durch diesen angezeigten Vorgang gebrochen und verlangen umgehende Aufklärung und Abhilfe.

Alle BRD- Behörden – auch das Niedersächsische Justizministerium können durch die aufgeführte konspirativ geheimdienstliche Tätigkeit des BRD Verfassungsschutzes POTENZIELL infiltriert und befangen sein!

In diesen Zusammenhang ist mir gegenüber mittels einer zureichenden EIDESSTAATLICHEN VERSICHERUNG* Ihrer Behörde zu versichern und klarzustellen, dass Ihre angeschriebene Behörde KEINE derartigen Dienstschulungen bzw. Weisungen/ Ratschläge/ Vorgaben u .ä. Maßgaben des BRD Inlandsgemeindienstes *Verfassungsschutz* erhalten hat.

Ich fordere von Ihrem Ministerium die sofortige Aufklärung ob auch das Niedersächsische Justizministerium durch die Dienstschulungen des BRD- Inlandsgeheimdienstes Verfassungsschutzes betroffen und befangen ist!

Vorsorglich wird daher auf § 258a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung hingewiesen und hiermit gleichzeitig auch straf angezeigt.

Ich fordere ausdrücklich von den Niedersächsischen Justizministerium die saubere, fach- und sachgerecht dezidierte Klärung zu allen von mir vorgetragenen einzelnen Strafantrags- Strafanzeigeepunkten aus dem Schriftsatz vom 04.06.2014..

Allen Anträgen und Forderungen ist auch gemäß VOLL GÜLTIGEN SHEAF – SMAD durch die betreffenden Justizorgane nachzukommen.

Es wird auch seitens der zuständigen Staatsanwaltschaft en die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der offenkundigen Straftaten und aller betreffenden, auch im Schriftsatz genannten Straftäter beantragt und gefordert. Die geforderten notwendigen Maßnahmen sind durch das Gericht einzuleiten und alle zuständigen Behörden auf dem Dienstweg einzuschalten.

Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren künftigen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin.

Es besteht öffentliches Interesse im gesamten Vorgang.

Ich bitte um Eingangsbestätigung mit Aktenzeichen Ihrer Behörde. Die Strafanzeige und Strafantrag ist auf dem Dienstweg der zuständigen Staatsanwaltschaft zuzuleiten.

Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bitte geben Sie bei Ihren künftigen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers an, damit ich bei einem eventuellen Durchgriff gemäß § 823 BGB respektive 839 BGB nicht gehindert bin.
Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Klasen

Verteiler:

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Generalstaatsanwaltschaft Celle
Schlossplatz 2
29221 Celle

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
Herr Harald Range
Brauerstraße 30
76135 Karlsruhe

Gemäß gültigen SHAEF SMAD = Artikel 139 Grundgesetz pflichtgemäß an die zuständige alliierte Hohe Hand:

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Botschaft der Russischen Föderation
Vladimir Grinin
Unter den Linden 63 – 65
10117 Berlin

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Generalstaatsanwalt der russischen Föderation
Haupt Militär Staatsanwalt
per. Holsunowa 14
119160 Moskau
Russische Föderation

Zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung:

Außenministerium der Russischen Föderation
Ploschad Smolenskaja Sennaja 32/34
12002 Moskau
Russische Föderation